

Kommentare

US-Präsident verlegt Truppen nach Deutschland
Ukraine-Krise fordert Europa-Lösung



Thomas Seim

geht wieder ein Ge-
penst um in Europa, die-
al ist es das Gespenst der
vor einem neuen Krieg
nen Ost und West. Ge-
wird diese Angst durch
in dieser Größenord-
seit Langem ungekann-
ufmarsch von deutlich
als 100.000 Soldaten an
russisch-ukrainischen
e. Die Ankündigung des
politisch schwächelnden
äsidenten Joe Biden,
Soldatenkontingente
Deutschland und dann
weiterinden NATO-Staat
nien an die ukrainische
grenze zu verlegen, spitzt
onflikt weiter zu.

ang sind alle im Hinter-
laufenden diplomati-
Aktivitäten ohne Erfolg.
die Präsenz des ungari-
NATO-Regierungschefs
in Russland und desem-
onstrativer Empfang
Russlands Präsidenten
haben bislang keine Ent-
ungsgebracht. Der Grund
liegt in dem Vorhalt der
n, der Westen halte sich
an Vereinbarungen der
1999 in Istanbul. Darin
gelegt, dass jeder Staat
Bündnisse frei suchen
gleich ist dort aber auch
ossen, dass kein Staat sei-
icherheit auf Kosten an-
Staaten ausweiten dürfe.
nem Brief an westliche
nminister beklagt nun der
che Außenminister Law-
dass der Westen diesen
en Teil der Vereinba-
nicht einhalte. Sicherheit
ei unteilbar.

Das wäre verheerend, nicht
nur aber vor allem für Euro-
pa. Deshalb – und vielleicht war
es noch nie so offensichtlich –
benötigt es nun eine starke,
europäische Antwort auf die
Konfliktlage am Schwarzen
Meer. Es muss eine Antwort
sein, die deutlich macht, dass
nur eine von Europa erarbei-
tete Sicherheitsarchitektur die
Entgleisung der Politik in einen
Krieg verhindern kann. Zu-
gleich muss klar sein, dass die-
se Architektur von Europa ga-
rantiert wird. Die Ebene dafür
gibt es im Normandie-Format
mit Deutschland, Frankreich,
der Ukraine und Russland. Die
Staats- und Regierungschefs in
Paris und Berlin, Macron und
Scholz, sind gefordert. Sie müs-
sen dort jetzt Führung zeigen.

thomas.seim@
ihr-kommentar.de
Titelseite

EU stuft Atom und Gas als nachhaltig ein

Grüner Anstrich

nder lernen heute in der
schule, dass die Zeiten
r Energieträger wie Koh-
r Erdgas vorbei ist. Leh-
klären Lernenden, dass
nergie irte teuer ist und
trahlender Müll anfällt,
m niemanden etwas an-
einfällt als ihn einzula-
Die EU-Kommission
ert Schulwissen. Die
eler Behörde erkennt In-
onen in neue Gas- und
kraftwerke als klima-
dlich an. Sie handelt aus
schen Erwägungen wider
en Wissens.

ist Frankreich, das vor
Präsidentenwahl steht
raditionell auf den Ein-
on Kernenergie setzt, weil
uch der Staat kräftig mit-
mt. Da sind viele ost-
äische Staaten, die auf
kraftwerke setzen. Und da
Deutschland, wo Erdgas für



Thoralf Clevén, Berlin

die Energieversorgung noch et-
liche Jahre unverzichtbar ist.

Die Entscheidung der EU-
Kommission stellt nicht allein
die Glaubwürdigkeit nachhal-
tiger Geldanlagen in Frage. Sie
lässt bei vielen Europäern mit
Sicherheit auch Zweifel an der
Ernsthaftigkeit und der Kon-
sequenz der Union beim Kli-
maschutz aufkommen. Sie
könnten sich fragen, warum sie
sich mehr Mühe geben sollen
als Brüssel.

thoralf.cleven@
ihr-kommentar.de
Seite 3

NRW erlaubt Distanzunterricht

Schulen dürfen die Entscheidung im Ausnahmefall ab jetzt wieder eigenständig treffen.
Eltern ringen indes um die offizielle Erfassung der Covid-Infektion bei ihren Kindern.

Anne Quasdorf und
Ingo Kalischek

■ **Bielefeld/Detmold.** Die Co-
rona-Situation an den Schu-
len und Kitas in NRW spitzt
sich zu. Während sich die In-
fektionszahlen in den Kitas im
Januar verfünffacht haben, hat
sich in den Schulen die Zahl in-
fizierter Beschäftigter in zwei
Wochen mehr als verdoppelt.
Angesichts der Entwicklung er-
laubt NRW-Schulministerin
Yvonne Gebauer (FDP) den
Schulen erneut die Umstel-
lung auf Distanzunterricht.

„Wir geben den Schulen die
Möglichkeit, flexibel vor Ort
und mit Rückendeckung der
Schulaufsicht zielgenaue Maß-
nahmen zu ergreifen“, sagte die
Ministerin gestern. Heißt: Die
Schulen können in besonde-
ren Ausnahmefällen für ein-
zelne Jahrgangsstufen und
Lerngruppen Distanzunter-
richt einrichten. „Das entschei-
det die Schule vor Ort unter
Einbeziehung der Schulkonfe-
renz. Es reicht, wenn die Schu-
le die Schulaufsicht telefo-
nisch oder per Mail über die
Maßnahmen informiert“, so
Gebauer. Wenn es so viele per-
sonelle Ausfälle an einer Schu-
le gibt, dass ein Unterricht
nicht mehr möglich ist, kann
auch eine ganze Schule in den
Distanzunterricht wechseln.
Neu sind die Maßnahmen laut
Gebauer nicht. „Aber es muss-
te neu entschieden werden,
dass diese Maßnahmen auch
in diesem Jahr zum Einsatz
kommen.“ Flächendeckenden
Distanzunterricht so wie im
vergangenen Jahr werde es
nicht mehr geben.

Eltern ringen unterdessen
darum, die Covid-Erkrankun-
gen ihrer Kinder offiziell er-
fassen zu lassen. Laut Fami-
lienministerium haben sich im
ersten Monat des Jahres 15.141
Kita-Kinder mit Corona an-
gesteckt. Im Dezember waren
es 3.014 – ein Anstieg von 402
Prozent. Außerdem wurden
8.406 erkrankte Beschäftigte
gemeldet, im Dezember 1.798.
Der Anstieg der Infektionen bei
den Mitarbeitenden liegt bei
367,5 Prozent.

In den Schulen haben sich
die Zahlen zu den pandemie-
bedingten Ausfällen (Infektio-
nen und Quarantäne) inner-
halb von zwei Wochen auf
180.812 verdreifacht, fast je-
der zehnte Schüler fehlt mit-
terweile. Die Zahl der infizier-
ten Beschäftigten stieg in die-
ser Zeit von 1.709 auf 4.101.

In den Familien schlägt sich
die Situation nicht nur durch
vermehrte Infektionen und
Quarantänezustände nieder.
Viele Eltern dürften derzeit mit
einer Regelungslücke zu kämp-
fen haben: Testen sie ihre Kin-
der zu Hause, und hat das Kind
obendrein Symptome, wird es



Yvonne Gebauer (FDP), Schulministerin von Nordrhein-Westfalen, ist schwer gefordert.

Foto: dpa

schwierig, die Krankheit offi-
ziell erfassen zu lassen. Diese
Erfahrung musste gerade eine
Bielefelder Familie machen.

Am Sonntag testeten Mi-
chael G. (Name geändert) und
seine Frau ihren Sohn, der sich
schlecht fühlte. Innerhalb kur-
zer Zeit wiesen drei Selbsttests
das eindeutig positive Ergeb-
nis auf. Nun begann die Ody-
see. Denn die Familie wollte es
nicht bei dem Selbsttest belas-
sen. „Uns war es wichtig, per
Bürgertest oder mit einem
PCR-Test die Erkrankung offi-
ziell zu dokumentieren – nur
so kann er später Genesenen-
status erlangen“, so Mi-
chael G. Aber: Ein privater
Schnelltest zählt nicht offiziell
und reicht als Anlass für einen

PCR-Test nicht aus. An einen
offiziellen Bürgertest war nicht
so einfach dranzukommen.
Denn ein Testzentrum dürfen
Menschen mit Symptomen
nicht aufsuchen. „Und die Kin-
derarztpraxis hatte am Sonn-
tag sowieso geschlossen.“

Offenbar existiert zurzeit
eine Regelungslücke. So legt die
Testverordnung NRW in Para-
graf 13 fest: „Personen, die ein
positives Testergebnis eines
Corona-Selbsttests erhalten
haben, sind verpflichtet, sich
in einem Testzentrum oder bei
der Hausärztin oder dem
Hausarzt unverzüglich einem
PCR-Test zu unterziehen.“
Gleichzeitig ist angeordnet,
dass in den Testzentren nur
asymptomatische Personen ge-

testet werden. Für alle ande-
ren sind die niedergelassenen
Ärzte zuständig – allerdings
warnte schon in der Vorwo-
che der Berufsverband der Kin-
der- und Jugendärzte NRW:
„Wenn Kinder jetzt erkran-
ken, erreichen sie nicht ein-
mal mehr Genesenenstatus,
weil wir ihnen keine PCRs
mehr anbieten sollen.“

Ohne offizielle Anerken-
nung einer Corona-Erkran-
kung ist es nicht möglich, einen
Genesenenstatus zu erreichen.
Dieser kann aber wichtig sein,
außerdem kann Covid bei Kin-
dern und Jugendlichen ohne
offizielle Diagnose nicht bei der
Unfallversicherung gemeldet
werden. Familie G. erhielt am
Ende inoffiziell diesen Rat:
Trotz Symptomen zum Test-
zentrum fahren, einen offiziel-
len Schnelltest machen, vor Ort
auf das Ergebnis warten und
sofort Anspruch auf einen
PCR-Test erheben. So würden
es derzeit Hunderte Betroffe-
ne pro Woche tun. „Im Klar-
text: Beim Anmelden für den
Test lügen und gegen Vor-
schriften verstoßen“, sagt Mi-
chael G. „Hier braucht es zü-
gig eine klarere Regelung.“

Offener Brief von SchülerInnen

◆ SchülerInnenvertretun-
gen von Bund und Län-
dern sowie Schulsprecher-
Innen aus ganz Deutsch-
land haben sich mit einem
Offenen Brief an Kultus-
ministerkonferenz und
Bundesregierung gewandt.

◆ Sie fühlen sich von der
Politik im Stich gelassen
und kritisieren die Taten-
losigkeit bei der Umset-
zung von Maßnahmen,
um eine sichere Bildung in
Pandemiezeiten zu ge-
währleisten.

Splitter

Impfstoff für Jüngste

■ Das deutsche Unternehmen
Biontech und sein US-Partner
Pfizer beantragen in den USA
die Notfallzulassung ihres Co-
rona-Impfstoffs für Kinder
unter fünf Jahren. Die Daten
seien der US-Arzneimittelbe-
hörde FDA übermittelt wor-
den, teilte Pfizer mit. Die Not-
fallzulassung soll für Kinder ab
sechs Monaten gelten.

Impfmeldung an Kassen

■ Die Chefin des AOK-Bun-
desverbands, Carola Rei-
mann, hat die Verknüpfung
der Daten über Corona-Imp-
fungen mit denen der Kran-
kenversicherten vorgeschla-
gen. „Bei anderen Schutzimp-
fungen werden Impfdaten ja
auch mit Routinedaten der
Kassen verknüpft“, sagte Rei-
mann. Die Verbindung von
Impf- und Versichertendaten
sei „keine Raketenwissen-
schaft“.

Nun auch Tonga

■ Der nach einem Vulkan-
ausbruch schwer verwüstete
Inselstaat Tonga hat wegen
eines Corona-Ausbruchs seine
Grenzen geschlossen und einen
Lockdown verhängt. Wie die
Behörden mitteilten, wurden
fünf Menschen in der Haupt-
stadt Nuku'alofa positiv auf das
Coronavirus getestet und be-
finden sich nun in Isolation.
Der Pazifikstaat war bisher
einer der wenigen Orte auf der
Welt, in denen sich das Virus
noch nicht ausgebreitet hatte.

Polizistin gekündigt

■ Die Kündigung einer Poli-
zeiärztin wegen öffentlicher
Kritik an der Corona-Politik
ist nach einem Urteil des Lan-
desarbeitsgerichts Baden-
Württemberg in Freiburg
wirksam. Die Frau habe mit
einer Anzeige in einer Zeitung
das Infektionsschutzgesetz mit
dem Ermächtigungsgesetz der
Nationalsozialisten gleichge-
setzt. (Az.: 10 Sa 66/21).

Lindner blickt nach Kiel

■ FDP-Chef Christian Lind-
ner verlangt nach der ange-
kündigten Aufhebung der 2G-
Regel im Einzelhandel von
Schleswig-Holstein bundes-
weite Entscheidungen für Öff-
nungen bei den nächsten
Bund-Länder-Beratungen
Mitte Februar. Die Kieler Lan-
desregierung hat entschieden,
die 2G-Regel im nördlichsten
Bundesland in einer Woche
aufzuheben.



Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Foto: imago images

Ihre Meinung
interessiert uns!

Per Post:
Chefredaktion
Niedernstr. 21–27
33602 Bielefeld

Per E-Mail
redaktion@nw.de

Im Netz
nw.de

sozialen Netzwerken:
facebook.com/
neuewestfaelische
twitter.com/nwnews

Redaktion behält sich
Leserbriefe zu kürzen.
Bitte geben Sie Namen
und Anschrift an.

Karikatur



Das Wunder von Brüssel. . .

Zeichnung: Klaus Stuttmann

Ihre Meinung

Gleichstellung

Zu „Rollstuhlfahrer bangt um sei-
nen Alltag“ (20.01.22)

■ Unser ehemaliger Bundespräsi-
denten Richard von Weizsäcker sagte
einmal: „Nicht behindert zu sein, ist
kein Verdienst, sondern ein Ge-
schenk, was jedem von uns jeder-
zeit genommen werden kann!“ Auch
körperlich und/oder geistig behin-
derte Menschen leisten (...) einen
wertvollen Beitrag für unsere Ge-
sellschaft und für unser Brutto-
sozialprodukt. I. R. ihrer beruflichen
Beschäftigung in Unternehmen oder
Behindertenwerkstätten werden
Steuern und Beiträge in unsere So-
zialversicherungssysteme gezahlt
bzw. war dieses bereits vor Behin-
derung der Fall. Schon allein diese
Tatsache bestätigt, dass es solche
Vorfälle, wie von Herrn Klei, eigent-

lich nicht geben darf, wie sein An-
walt zutreffend zitiert wird. Die Re-
form des „Gesetzes zur Gleichstel-
lung behinderter Menschen“ gibt da-
für die entsprechenden Rahmenbe-
dingungen, auch was die Mobilität
angeht. Entscheidungsträger sollten
darüber und über das Zitat des ehe-
maligen Bundespräsidenten einmal
nachdenken und zusammenarbei-
ten, statt sich auf Zuständigkeiten zu-
rückzuziehen, damit die Anliegen der
Betroffenen unterstützt und gelöst
werden. Es gibt auch Krankenkas-
sen, die Betroffene und Ihre Ange-
hörigen auf dem ohnehin beschwer-
lichen Weg konstruktiv unterstüt-
zen, beraten und begleiten. Dann
brauchte sich Herr Klei mit seinem
Anwalt nicht erst an die Öffentlich-
keit wenden, denn am Ende wird ihm
der zeitraubende und psychisch be-
lastende Weg durch die Sozialge-

richtsbarkeit doch recht geben, was
ich ihm sehr wünsche.

Heinz Generotzky
33615 Bielefeld

Preissteigerung

Zu „Bier wird teurer“ (01.02.22)

■ Jetzt wird es ganz schlimm. Unser
Grundnahrungsmittel wird teurer.
Ein Euro oder mehr für eine Kiste
Bier. Zwischen 0,30 und 0,50 Euro
das Glas Bier in der Kneipe, das ist
der Kneipentod. (...) Restaurantbe-
suche werden auch eingeschränkt,
weil, man muss ja auch dort was trin-
ken. Begründet wird alles mit den
teuren Rohstoffen, Strom und Lo-
gistikkosten. Wer aber denkt jetzt
mal an den Endverbraucher der die-
ses alles tragen muss? (...) Da spre-
che ich nicht nur vom Bier.

Rainer Preuß
33649 Bielefeld